

Pressemitteilung

Tag der Erde: Jeder Zweite vertraut nicht auf Klimaplan der Bundesregierung

Hamburg, 22. April 2026 – Pünktlich zum Tag der Erde (Earth Day) am 22. April zeigen die Ergebnisse einer aktuellen Ipsos-Umfrage in 31 Ländern ein beunruhigendes Bild: Die Klimamüdigkeit ist weltweit auf dem Vormarsch. Zwar stimmen weltweit 61 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Untätigkeit beim Klimaschutz künftige Generationen im Stich lässt, doch in allen 26 Ländern, in denen Ipsos seit 2021 fortlaufend Daten erhebt, ist die Zustimmung rückläufig. Deutschland bildet dabei keine Ausnahme.

Nur die Hälfte der Deutschen sieht Verantwortung für künftige Generationen

Auch hierzulande gerät die eigene Verantwortung bei der Bekämpfung des Klimawandels zunehmend aus dem Blick. Derzeit sind nur noch 49 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass künftige Generationen im Stich gelassen werden, wenn Menschen wie sie selbst nicht gegen den Klimawandel vorgehen – 2021 waren es noch 69 Prozent. Niedriger liegen die Werte derzeit nur in Polen (43 %) und Japan (35 %).

Der Rückgang des Verantwortungsgefühls geht jedoch nicht mit allgemeiner Resignation einher. Lediglich 18 Prozent der Deutschen sind der Meinung, der Klimawandel sei außer Kontrolle und es sei ohnehin zu spät zu handeln. Eine Mehrheit von 53 Prozent widerspricht dieser Aussage. Zudem vertritt nur ein Viertel der Bevölkerung (24 %) die Ansicht, dass es keinen Sinn ergebe, das eigene Verhalten zu ändern, da dies ohnehin keinen Unterschied mache. Jeder zweite Bundesbürger (51 %) hält persönliche Beiträge weiterhin für sinnvoll.

Geringere Erwartungen an Politik und Wirtschaft, Bezahlbarkeit rückt in den Vordergrund

Parallel dazu sinken die Erwartungen an Regierung und Unternehmen. So hat etwa der Ruf nach zusätzlichen staatlichen Maßnahmen zum Klimaschutz in den letzten Jahren nachgelassen. Aktuell sprechen sich nur noch 46 Prozent dafür aus, dass Deutschland mehr gegen den Klimawandel tun sollte – ein Rückgang um 9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2023. Dass die Bevölkerung im Stich gelassen wird, wenn die Regierung jetzt nichts gegen den Klimawandel unternimmt, meinen aktuell 42 Prozent. Im Jahr 2023 lag dieser Anteil noch bei 49 Prozent und 2021 sogar bei 57 Prozent.

Auch Unternehmen werden heute weniger in der Pflicht gesehen: 43 Prozent sind der Ansicht, dass Unternehmen ihre Belegschaft und Konsumenten im Stich lassen, wenn sie jetzt nicht handeln – 2021 teilten noch 63 Prozent der Befragten diese Sicht.

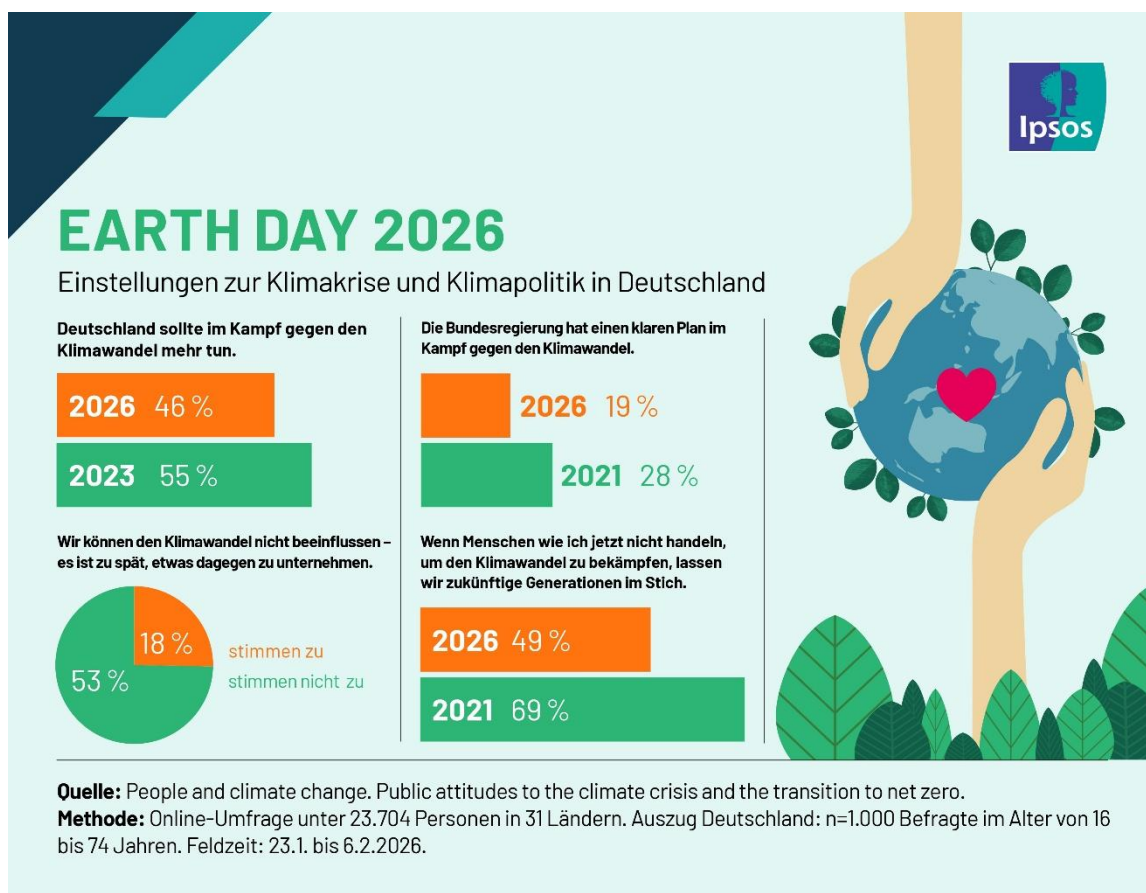
Nur 19 Prozent vertrauen darauf, dass die Bundesregierung einen klaren Plan hat, wie Politik, Wirtschaft und Bevölkerung zusammenarbeiten können, um gemeinsam gegen den Klimawandel vorzugehen. Knapp die Hälfte (49 %) zeigt sich skeptisch. Immerhin hält jeder vierte Bundesbürger (25 %) Deutschland für weltweit führend beim Klimaschutz. Vor zwei Jahren lag dieser Wert mit 32 Prozent aber deutlich höher.

Pressemitteilung

Zugleich gewinnt die Bezahlbarkeit von Energie als politisches Ziel an Gewicht: 48 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, die Bundesregierung solle sich vorrangig darauf konzentrieren, die Energiepreise niedrig zu halten – auch wenn dadurch die Treibhausgasemissionen steigen. Nur eine Minderheit von 22 Prozent lehnt dies ab. Damit liegt Deutschland weitgehend im internationalen Trend: Im Durchschnitt der 31 befragten Länder liegen Zustimmung und Ablehnung bei 50 bzw. 20 Prozent.

Carolin Basedow, ESG Lead bei Ipsos in Deutschland, ordnet die Daten wie folgt ein:

„Wir erleben einen kritischen Punkt, an dem viele Bürger die Verantwortung für den Klimaschutz innerlich abgeben, da sie sich hiermit allein gelassen fühlen und keine glaubwürdige Führung erkennen. In Deutschland ist das Bewusstsein, durch eigenes Handeln die Verantwortung für künftige Generationen zu tragen, in den letzten fünf Jahren signifikant gesunken. Gleichzeitig sind die Sorgen um steigende Kosten und energetische Abhängigkeit durch die aktuellen geopolitischen Krisen für die Menschen extrem persönlich geworden. In Deutschland priorisiert mittlerweile fast jede zweite Person niedrige Energiepreise – selbst auf Kosten steigender Emissionen. Da nur noch jeder Fünfte an einen klaren Plan der Bundesregierung zur Bekämpfung des Klimawandels glaubt, ist die Botschaft klar: Die Bevölkerung möchte keine Appelle an ihr individuelles Verhalten hören. Gefragt ist eine systemische Lösung von der Politik, die Klimaschutz, Bezahlbarkeit und Sicherheit vereint.“



Pressemitteilung

Methode

Dies sind die Ergebnisse der Ipsos-Umfrage *People and climate change. Public attitudes to the climate crisis and the transition to net zero*. Für die Online-Umfrage wurden zwischen dem 23. Januar und dem 6. Februar 2026 23.704 Personen in 31 Ländern auf der Online-Plattform *Global Advisor* befragt. In Deutschland waren die Befragten zwischen 16 und 74 Jahre alt, die Stichprobe umfasste rund 1.000 Personen.

Zu den 31 befragten Ländern gehören neben Deutschland: Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Kolumbien, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Peru, Polen, Schweden, Schweiz, Singapur, Spanien, Südafrika, Südkorea, Thailand, Türkei, Ungarn, USA.

In 18 der 31 befragten Länder ist die Internetdurchdringung ausreichend hoch, um die Stichproben als repräsentativ für die Gesamtbevölkerung der untersuchten Altersgruppen anzusehen – darunter auch Deutschland. Die Daten wurden so gewichtet, dass die Stichprobenzusammensetzung jedes Landes das demografische Profil der erwachsenen Bevölkerung gemäß der amtlichen Statistik bestmöglich widerspiegelt.

Weiterführende Informationen zur Methodik sind im globalen Studienbericht zu finden.

Kontakt

Ipsos Pressestelle
Rouven Freudenthal
rouven.freudenthal@ipsos.com
+49 151 7420 2330

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Sozialforschungsunternehmen der Welt mit etwa 20.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird die Ipsos-Gruppe bis heute von Forscher:innen geführt.

In Deutschland ist Ipsos mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Nürnberg, München, Frankfurt und Berlin.

Die Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt. Ipsos hat die große Bandbreite von Lösungsansätzen in 12 Forschungsbereichen zusammengefasst und unterstützt damit über 5.000 Kunden weltweit.

Pressemitteilung

Ipsos SA ist seit 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD). ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS.

www.ipsos.de | [Ipsos Wahl- und Meinungsumfragen](#)

Auszug aus dem Fragebogen

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht zu?

- Deutschland ist global führend im Kampf gegen den Klimawandel.
- Deutschland sollte im Kampf gegen den Klimawandel mehr tun.
- Deutschland soll zu viel opfern, um den Klimawandel zu bekämpfen.
- Wenn die Regierung von Deutschland jetzt nicht handelt, um den Klimawandel zu bekämpfen, lässt sie die Bevölkerung von Deutschland im Stich.
- Wenn Unternehmen in Deutschland jetzt nicht handeln, um den Klimawandel zu bekämpfen, lassen sie ihre Mitarbeiter und Kunden im Stich.
- Wenn Menschen wie ich jetzt nicht handeln, um den Klimawandel zu bekämpfen, lassen wir zukünftige Generationen im Stich.
- Die Regierung von Deutschland hat einen klaren Plan für die Zusammenarbeit der Regierung, der Unternehmen und der Menschen im Kampf gegen den Klimawandel.
- Ich muss mein eigenes Verhalten nicht ändern, um den Klimawandel zu bekämpfen, weil es sowieso keinen Unterschied macht.
- Wir können den Klimawandel nicht beeinflussen – es ist zu spät, etwas dagegen zu unternehmen.
- Die Bundesregierung sollte sich vorrangig darauf konzentrieren, die Energiepreise niedrig zu halten, auch wenn die Treibhausgasemissionen steigen.

Stimme voll und ganz zu

Stimme eher zu

Stimme weder zu noch nicht zu

Stimme eher nicht zu

Stimme überhaupt nicht zu

Weiß nicht